



**STADT MEERBUSCH  
DER BÜRGERMEISTER**

## **Niederschrift**

über die Sitzung des **Rates** am 10. März 2005

<b>Tagesordnung</b>	<b>Seite</b>
Anwesenheit	2
<b>I        ÖFFENTLICHE SITZUNG</b>	<b>3</b>
1.        Einwohnerfragestunde	3
2.        Provisorischer P+R-Platz an der Ladestraße am Bahnhof Meerbusch-Osterath; Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Mittelbereitstellung	3
3.        Bebauungsplan Nr. 227 B, Meerbusch-Büderich, Schackumer Straße; Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	3
4.        Bebauungsplan Nr. 227 B, Meerbusch-Büderich, Schackumer Straße; Anordnung einer Umlegung	4
5.        1. Änderung der Satzung gem. § 34 (1) Nr. 1 BauGB für die Ortslage Bösinghoven; Satzungsbeschluss	5
6.        Bebauungsplan Nr. 284, Meerbusch-Bösinghoven, Auf der Geest; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB	6
7.        Gestaltungssatzung Nr. 25 für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch-Strümp, Am Strümper Busch/Im Plötschen	7
8.        III. Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Meerbusch	7
9.        Südostasienhilfe – Projektvorschläge	7
10.       Anträge der SPD-Fraktion vom 27.02./02.03.2005, der FDP-Fraktion vom 07.03.2005 und gemeinsamer Antrag aller Fraktionen bez. Lärm- und Schadstoffbelästigungen durch zusätzlichen Schwerlastverkehr	8
11.       Antrag der FDP-Fraktion vom 1. März 2005 auf Ausschussumbesetzung	9
12.       Anfragen	9
12.1      Anfrage der SPD-Fraktion vom 22. Februar 2005 bez. der sonderpädagogischen Förderung an einer weiterführenden Schule	9
12.2      Anfrage der SPD-Fraktion vom 22. Februar 2005 bez. des Bedarfs an Plätzen in der offenen Ganztagschule	10
12.3      Anfrage der SPD-Fraktion vom 22. Februar 2005 bez. des Schülerprojektes „Jugendzentrum Bachergebäude“	11
12.4      Anfrage der SPD-Fraktion vom 22. Februar 2005 bez. 1-Euro-Jobs im Rahmen von Hartz IV	12
13.       Zuleitung der Jahresrechnung 2004 gem. § 93 GO NRW	13
14.       Delegation von Beschäftigten der Stadtverwaltung in den Vorstand des Deichverbandes Lank	13
15.       Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	13
16.       Termin der nächsten Sitzung	13
17.       Verschiedenes	13
17.1      Interview des Bürgermeisters in der Zeitung „Von hier aus“	13

**Anwesenheit**

Sitzungsort: Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, Meerbusch-Strümp

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.15 Uhr

Anwesend

sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Spindler

von der CDU-Fraktion:

die Ratsfrauen Hermanns, Homuth-Kenklied, Joliet-Heising, Körling, Kox, Krug, Pricken, Schoppe, Steinforth und sowie die Ratsherren Becker, Damblon, Hoppe, Jung, Jürgens (bis TOP 17), Kunze (bis TOP 12.2), Lerch, Lienenkämper, Radmacher, Rennertz, Rheingans, Stüttgen, (bis TOP 17) van Vreden, Wartchow, Wehrspohn und Wienands,

von der SPD-Fraktion:

die Ratsfrauen Niederdellmann, Niederdellmann-Siemes und Pabich sowie die Ratsherren Eimer, Jüngerkes, Losse, Neuhausen, Sandt und Schoenauer,

von der FDP-Fraktion:

die Ratsfrauen Fremerey, Schmidt und Wellhausen sowie die Ratsherren Gabernig, Rettig und Schumacher,

von der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN":

Ratsfrauen Dr. Schomberg und Stockmann sowie die Ratsherren Dammer, Fliege, Peters und Ruyter ,

von der Verwaltung:

Erster Beigeordneter Nowack,

Beigeordneter Mattner-Stellmann,

Bürgermeisterreferent: StOVR Wirtz,

Service Zentrale Dienste: StAfrau Heidbreder

Service Finanzen: StOVR Fox

Rechnungsprüfungsamt: StOVR Fiebig

Fachbereich 3: StOVR Krügel

Fachbereich 4: StVermD Unger

Es fehlen:

die Ratsherren Schulz und Meyer-Ricks

Schriftführerin

StVD Mielke-Westerlage

## I ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Rat auf Vorschlag von Bürgermeister Spindler einstimmig folgende Ergänzungen der Tagesordnung:

TOP 13 – Zuleitung der Jahresrechnung 2004 gem. § 93 GO; hierzu ist eine Tischvorlage verteilt worden. .

TOP 14 - Delegation von Beschäftigten der Stadtverwaltung in den Vorstand des Deichverbandes Lank; hierzu ist ebenfalls eine Tischvorlage verteilt worden.

Durch die Ergänzung der Tagesordnung verschieben sich die nachfolgenden Punkte gegenüber der Einladung in der Nummerierung.

### 1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### 2. Provisorischer P+R-Platz an der Ladestraße am Bahnhof Meerbusch-Osterath; Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Mittelbereitstellung

Ratsherr Lienenkämper berichtet aus dem Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung durch den Bürgermeister bei der Haushaltsstelle 3.8800.9601 zuzustimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

41 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen

### 3. Bebauungsplan Nr. 227 B, Meerbusch-Büderich, Schackumer Straße; Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Ratsherr Lienenkämper berichtet aus dem Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt den Bebauungsplan Nr. 227 B, Meerbusch-Büderich, Schackumer Straße als Satzung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 10 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718) in Verbindung mit § 244 (2) Baugesetzbuch vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) sowie in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz von 16. November 2004 (GV.NRW.S.644).

Der räumliche Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes umfasst die Flurstücke 1117, 1118, 1119, 393, 395, 396, 397, 377, 376, 379 und 378 (westlicher Teilbereich) sowie die Flurstücke (östlicher Teilbereich) Nr. 341, Nr. 344, 343, 69, 444, 80, 445, 79, 78, 445, 446, 447, 448 und tlw. Nr. 449, Flur 46, Gemarkung Büderich und ist in nachstehendem Übersichtsplan gekennzeichnet.



Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht erforderlich.

Gleichzeitig wird die überarbeitete Begründung - unter Hinzufügung der Abwägung der vorgebrachten Anregungen - als Entscheidungsbegründung gem. § 9 (8) BauGB beschlossen.

Die Abwägung lag dem Rat der Stadt in der Fassung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften vom 3. März 2005 vor.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**4. Bebauungsplan Nr. 227 B, Meerbusch-Büderich, Schackumer Straße; Anordnung einer Umlegung**

Ratsherr Lienenkämper berichtet aus dem Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt ordnet gemäß § 46 (1) BauGB die Durchführung eines Umlegungsverfahrens gemäß §§ 45 ff BauGB für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 227 B, Meerbusch-Büderich, Schackumer Straße an.

Das Gebiet ist nachfolgend dargestellt.



**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**5. 1. Änderung der Satzung gem. § 34 (1) Nr. 1 BauGB für die Ortslage Bösinghoven; Satzungsbeschluss**

Die Ratsherren Schoenauer, Lerch und Rheingans nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

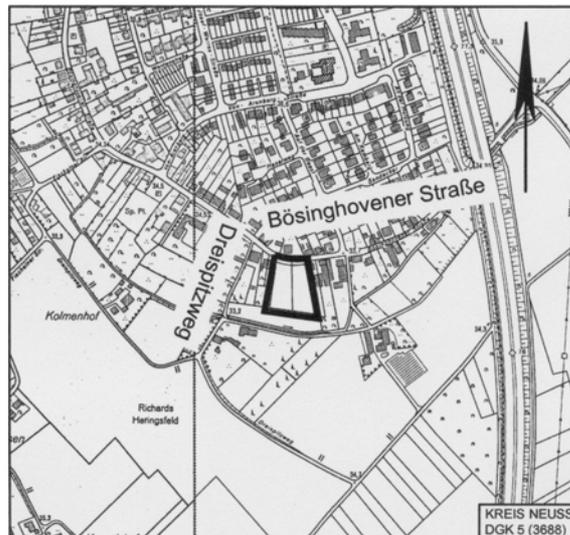
Ratsherr Lienenkämper berichtet aus dem Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die 1. Änderung der Satzung nach § 34 (4) Nr. 1 Baugesetzbuch für die Ortslage Bösinghoven als Satzung gem. § 34 (4) Nr.1 Baugesetzbuch vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. November 2004 (GV.NRW. S. 644).

Die Satzungsänderung betrifft die Flurstücke 2002 und 2044 der Flur 4 der Gemarkung Ossum-Bösinghoven.

Der Änderungsbereich ist in nachstehendem Übersichtsplan gekennzeichnet.



**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

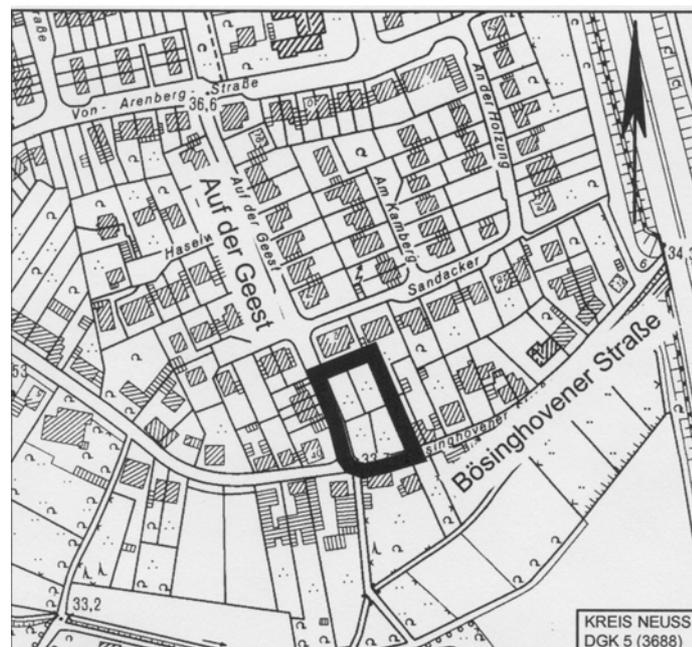
**6. Bebauungsplan Nr. 284, Meerbusch-Bösinghoven, Auf der Geest; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB**

Ratsherr Lienenkämper berichtet aus dem Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 284, Meerbusch-Bösinghoven, Auf der Geest gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit geltenden Fassung.

Der räumliche Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes umfasst die Flurstücke 990 bis einschl. 994 der Flur 4 der Gemarkung Ossum-Bösinghoven und ist in nachfolgendem Übersichtsplan gekennzeichnet.



Planungsziel ist eine dem Stadtteil Bösinghoven angemessene städtebauliche Innenentwicklung, die auf folgenden Rahmendaten aufbaut:

Art der baulichen Nutzung: Allgemeines Wohngebiet (WA)  
 Maß der baulichen Nutzung: GRZ 0,4  
 Zahl der Vollgeschosse  
 entlang der Bösinghovener Straße: II\*  
 entlang der Straße „Auf der Geest“: I\*  
 \* zusätzliches Vollgeschoss im Dachraum, wenn dies ausschl.  
 durch Gauben oder Zwerchgiebel bedingt wird  
 Bauweise: offene Bauweise als straßenzugewandte Bebauung  
 (Straßenrandbebauung mit Vorgärten)

**Abstimmungsergebnis:**

41 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen

**7. Gestaltungssatzung Nr. 25 für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch-Strümp, Am Strümper Busch/Im Plötschen**

Ratsherr Lienenkämper berichtet aus dem Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die Gestaltungssatzung Nr. 25 für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch-Strümp, Am Strümper Busch/Im Plötschen in der als Anlage beigefügten Fassung.  
 Gleichzeitig wird die als Anlage beigefügte Entscheidungsbegründung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

35 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen

Ratsherr Jung erklärt, in der Vergangenheit hätten Festsetzungen im Rahmen von Gestaltungssatzungen immer wieder zu kontroversen Diskussionen geführt. Insofern rege er an, gemeinsam mit der Verwaltung einen interfraktionellen Arbeitskreis zu bilden, der losgelöst von einem konkreten Vorhaben notwendige Rahmenfestsetzungen in Gestaltungssatzungen diskutiere. Der Vorschlag wird von allen Fraktionen begrüßt. Bürgermeister Spindler sagt zu, zu einer entsprechenden Arbeitskreissitzung einzuladen.

**8. III. Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Meerbusch**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte III. Änderung der Zuständigkeitsordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

38 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen

**9. Südostasienhilfe – Projektvorschläge**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, das Projekt „Tausend Boote – Tausend Häuser, Hilfsprogramm für mittellose Fischerfamilien“ im Nordosten von Sri Lanka mit den gesammelten Spendengeldern zu unterstützen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert, wie in der Ratssitzung vom 27. Januar 2005 vereinbart, habe die Verwaltung zwischenzeitlich Projektvorschläge für eine nachhaltige Unterstützung bei der Beseitigung der Folgen der Flutkatastrophe in Südostasien erarbeitet. Die Kommunale Servicestelle „Kommunen in der einen Welt“, an die sich die Stadt auf Empfehlung des Auswärtigen Amtes und des Städte- und Gemeindebundes zur Sicherstellung einer koordinierten Hilfe gewendet habe, habe nunmehr 5 Förderprojekte vorgeschlagen. Einer der Vorschläge beziehe sich auf die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Banda Aceh, bei der das THW Deutschland für die Verteilung des Wassers zuständig sei. Angesichts der Größenordnung des Projektes, dessen Kosten auf 1.000.000 € geschätzt würden, würde eine Beteiligung mit dem inzwischen gesammelten Spendenaufkommen der Stadt Meerbusch lediglich eine minimale Teilfinanzierung darstellen. Das zweite Projekt betreffe die Instandsetzung und den Wiederaufbau einer Universität in Banda Aceh, das dritte die Herstellung von Kommunikationsmöglichkeiten. Als 4. Projekt sei die Finanzierung von Schulausstattung und Schulbedarf für Schulen in Sri Lanka benannt worden, als 5. ein Hilfsprogramm für mittellose Fischerfamilien.

Die verschiedenen Projektvorschläge seien in der vor der heutigen Ratssitzung zusammengekommenen Kommission, in die jede Fraktion zwei Mitglieder entsandt habe, beraten worden. Von allen Fraktionen werde der Vorschlag für das Hilfsprogramm „Tausend Boote - Tausend Häuser“ favorisiert, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Hilfe zur Selbsthilfe. Darüberhinaus sollten 3 Familien über einen Zeitraum von 2 Jahren im Rahmen einer Patenschaft mit monatlich 25 € unterstützt werden.

Der Vorschlag wird von allen Fraktionen begrüßt. Auf Anregung von Rats Herrn Wienands sagt Bürgermeister Spindler zu, den Ratsmitgliedern Informationen über Patenschaften zukommen zu lassen, damit ggfls. auch ein privates Engagement möglich ist.

**10. Anträge der SPD-Fraktion vom 27.02./02.03.2005, der FDP-Fraktion vom 07.03.2005 und gemeinsamer Antrag aller Fraktionen bez. Lärm- und Schadstoffbelästigungen durch zusätzlichen Schwerlastverkehr**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Schwerlastverkehr auf Meerbuscher Bundes-, Landes-, Kreis- und Ortsstraßen zu schützen.

1. Unmittelbare Maßnahmen

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, auf welchen relevanten Stadtstraßen städtischerseits sofort die Durchfahrt für LKW über 12t (oder 7,5t) gesperrt werden kann. Ferner wird sie beauftragt, mit den zuständigen Behörden die entsprechende Sperrung auf Kreis-, Landes- und Bundesebene in die Wege zu leiten.

2. Weitergehende Maßnahmen

- a) Eine Verkehrszählung durchführen, um festzustellen, wie viele von den mautpflichtigen LKW die betroffenen Straßen in Meerbusch nutzen.
- b) Darüberhinaus wird die Verwaltung aufgefordert, eine erneute Verkehrszählung auf der B9 und L30 durchführen zu lassen mit dem Ziel der Ermittlung und Vergleichbarkeit mit den bereits durchgeführten Zählungen und einer Ermittlung des eventuell gestiegenen LKW-Verkehrs über 12t (7,5t) Gesamtgewicht.
- c) Weiter wird die Verwaltung aufgefordert, aufbauend auf dem Untersuchungsbericht über Immissionsmessungen in Meerbusch nach der 23. BImSchV, vorgestellt im Ausschuss für Straßen, Kanäle, Grün und Umwelt am 7.12.1999, erneute Messungen vorzunehmen, um diese dann mit den Messergebnissen zu den Benzol- und Rußmessungen aus dem Zeitraum Oktober 1998 bis April 1999 zu vergleichen.
- d) Des Weiteren sind durch ein geeignetes Ingenieurbüro Lärmmessungen im Bereich der B9 und L30 durchzuführen und zu bewerten.
- e) Außerdem soll die Verwaltung mit den ebenso betroffenen benachbarten Kommunen Kontakt aufnehmen, um beim Verkehrsministerium gemeinsam das Anliegen vorzutragen und als starke Gemeinschaft aufzutreten.

Für c) und d) ist zunächst die Ermittlung der entstehenden Kosten und eine besondere Beschlussfassung erforderlich.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Erster Beigeordneter Nowack führt aus, es sei sinnvoll, vor Umsetzung der beantragten unmittelbaren Maßnahmen zunächst die unter Zif. 2 beantragte Verkehrszählung durchzuführen. Diese könne auf der Auswertungen der Zählung des Büros IVV aus dem November 2002 aufbauen, bei der allerdings zwar eine Differenzierung nach LKW und PKW, nicht aber nach LKW über 12t unterschieden worden sei.

Wegen der anstehenden Osterferien empfehle er, den entsprechenden Auftrag zwar umgehend an das Ingenieurbüro, welches bereits die Zählung im November 2002 durchgeführt habe, zu vergeben, angesichts der anstehenden Osterferien solle die Zählung selbst aber erst 14 Tage nach Ostern durchgeführt werden. Insgesamt müsse allerdings beachtet werden, dass es selbst für Fachleute schwierig sei, einen 12-Tonner im fließenden Verkehr als solchen zu identifizieren. Parallel zur Zählung werde die Verwaltung die erforderliche Anhörung der Kreispolizeibehörde und des Straßenbaulastträgers zur geforderten Sperrung durchführen. Da es sich um eine Bundesstraße handele, sei dies der Regierungspräsident in Düsseldorf. Über die Stellungnahme werde die Verwaltung den Rat informieren.

**11. Antrag der FDP-Fraktion vom 1. März 2005 auf Ausschussumbesetzung**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt nachstehende Ausschussumbesetzung:

Bau- und Umweltausschuss

Vertreter	streiche setze	Corinna Nolting Katja Giesen
-----------	-------------------	---------------------------------

Sozialausschuss

Vertreter	streiche setze	Corinna Nolting Katja Giesen
-----------	-------------------	---------------------------------

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**12. Anfragen**

**12.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22. Februar 2005 bez. der sonderpädagogischen Förderung an einer weiterführenden Schule**

Bürgermeister Spindler beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion.

„In der Ratssitzung vom 27. Januar 2005 hat der Rat die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob ab dem Schuljahr 2006/2007 ein zieldifferenter Unterricht an einer weiterführenden Schule in Meerbusch möglich sei.

Am 16. Februar 2005 berichtete die Rheinische Post über eine Fraktionssitzung der CDU. Hier sagt der Fraktionsvorsitzende Herr Jung, dass den betroffenen Familien falsche Hoffnungen gemacht worden seien, denn die Verwaltung wird nach Prüfung des Antrages zum selben Ergebnis kommen wie bisher.“

**Frage 1:**

Hat Herr Jung bzw. die CDU-Fraktion einen aktuelleren Informationsstand als die anderen im Rat vertretenen Fraktionen?

**Antwort:**

Nein

**Frage 2:**

Hat die Verwaltung den betreffenden Antrag bereits in Arbeit genommen?

**Antwort:**

Ja. Die umgebenden Städte sind im Hinblick auf eine in Frage kommende Kooperation angeschrieben worden. Ein Gespräch mit den Schulleitern und der Schulaufsicht nebst der Verwaltung findet im nächsten Monat statt.

**Frage 3:**

Wann können die Fraktionen mit einem ersten Ergebnis rechnen?

**Antwort:**

Erste Ergebnisse werden dem Schulausschuss in seiner Sitzung am 26. April dargestellt.

**12.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22. Februar 2005 bez. des Bedarfs an Plätzen in der offenen Ganztagschule**

Bürgermeister Spindler beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion.

„Nach Abschluss des Anmeldeverfahrens an den Meerbuscher Grundschulen wollen wir den zusätzlichen Bedarf an Plätzen in der offenen Ganztagsgrundschule (OGATA) wissen.“

**Frage 1:**

Wieviel Kinder werden voraussichtlich im Schuljahr 2005/2006 das Angebot der OGATA zum Schuljahr 2005/2006 wahrnehmen? Bitte nach Grundschulen aufschlüsseln.

**Antwort:**

Im Schuljahr 2005/06 werden insgesamt 245 Grundschul Kinder die Angebote der offenen Ganztagschule in Anspruch nehmen:

Adam-Riese-Schule	44 Kinder
Brüder-Grimm-Schule	50 Kinder
Martinus-Schule	53 Kinder
Eichendorff-Schule	40 Kinder
Barbara-Gerretz-Schule	26 Kinder
GS Boverl	32 Kinder (in Kooperation mit "Schule 8 - 1" ist diese Gruppenstärke zu verkraften)

**Frage 2:**

Wieviele zusätzliche Gruppen müssen folglich an welchen Grundschulen eingerichtet werden?

**Antwort:**

An der Brüder-Grimm-Schule und an der Eichendorff-Schule machen die Teilnehmerzahlen die Einrichtung jeweils einer weiteren Gruppe erforderlich.

**Frage 3:**

Wird die geplante Gruppe im Rahmen der OGATA an der Raphael-Schule zum kommenden Jahr starten?

**Antwort:**

Da es für die Raphael-Schule kein Anmeldeverfahren, sondern eine Festlegung des Förderortes nach der VO-SF gibt, kann der Bedarf nur bei Eltern der Schüler, die bereits die Primarstufe besuchen, vor Beginn des neuen Schuljahres ermittelt werden. Die Schule führt diese Befragung derzeit durch. Schulanfänger können erst nach Abschluss des individuellen VO-SF-Verfahrens befragt werden.

**Frage 4:**

Plant die Verwaltung an den weiterführenden Schulen (SEK I) Betreuungsangebote (z.B. 13 Plus) neu einzurichten, um den bestehenden Bedarf an Betreuung zu gewährleisten?

**Antwort:**

Der Osterather Betreuungsverein hat den weiterführenden Schulen, die keine Ganztagschulen sind, seinerseits ein Angebot gemacht. Die vorläufigen Antworten der Schulen laufen wie folgt:

Hauptschule Osterath:

In der Vergangenheit wurden mehrere Angebote nicht in Anspruch genommen. In einem Fall mussten bereits bewilligte Zuschussmittel für "13 Plus" wieder an den Zuschussgeber zurückgegeben werden. Wegen des bevorstehenden Umbaus des Gebäudes und den damit verbundenen Beeinträchtigungen ist derzeit nicht daran gedacht, eine Betreuungsmaßnahme "13 Plus" nochmals anzubieten.

Meerbusch-Gymnasium:

Der Bedarf wird in den Mitwirkungsorganen der Schule in den nächsten Wochen ermittelt.

Realschule Osterath:

Die Realschule sieht einen Bedarf und ein Interesse an einer Nachmittagsbetreuung im Rahmen von "13 Plus". Der Bedarf wird derzeit ermittelt.

**12.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22. Februar 2005 bez. des Schülerprojektes „Jugendzentrum Bachergebäude“**

Bürgermeister Spindler beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion.

„Bei Gesprächen mit der Politik AG der Realschule Osterath wird seitens der Schülerinnen und Schüler darauf hingewiesen, dass Sie, Herr Bürgermeister, den Jugendlichen für ihr Projekt „Jugendzentrum Bachergebäude“ zwei Ausweichstandorte in Aussicht gestellt haben. Es soll sich hierbei um das Grundstück an der Feuerwache Insterburger Straße in Osterath und um das ehemalige Ostara-Gelände, ebenfalls in Osterath, handeln.“

**Fragen 1 und 2:**

Treffen diese Aussagen zu?

Wenn ja, wann haben Sie dieses Angebot der Politik AG unterbreitet?

**Antwort:**

Im Rahmen des Workshops zum Thema „Bachergebäude“ in der Realschule ist der Containerbau Insterburger Straße als Alternative angesprochen worden. Hinsichtlich des Ostara-Geländes ist einmal erörtert worden, ob hier für eine befristete Zeit bis zum Abriss bestehender Gebäude jugendliche Musiker untergebracht werden könnten. Angebote sind durch mich nicht unterbreitet worden.

#### 12.4 **Anfrage der SPD-Fraktion vom 22. Februar 2005 bez. 1-Euro-Jobs im Rahmen von Hartz IV**

Beigeordneter Mattner-Stellmann beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion.

„Die Stadt Meerbusch hat beim Technologiezentrum in Glehn Arbeitsplätze bzw. Einsatzstellen im sog. 1 Euro-Bereich im Rahmen von Hartz IV angeboten.“

##### **Frage 1:**

Wieviele „1-Euro-Jobs“ wurden beantragt?

##### **Antwort:**

Ursprünglich sind von den Bereichen 86 Stellen in 45 Einsatzfeldern gemeldet worden.

Nachdem die vorgesehenen Stellen mit dem Personalrat abgestimmt worden sind, konnten insgesamt 71 Stellen in 38 Einsatzbereichen an das Technologiezentrum Glehn gemeldet werden. In Folge von räumlichen Kapazitätsbeschränkungen, musste die Zahl der unterzubringenden Langzeitarbeitslosen jedoch um weitere 8 reduziert werden, so dass maximal 63 Arbeitslose aufgenommen werden können. Die Zahl der Einsatzbereiche reduziert sich deshalb um 12 auf 30.

##### **Frage 2:**

In welchen Bereichen bei der Stadt Meerbusch sind diese angesiedelt bzw. um welche Tätigkeiten handelt es sich dabei?

##### **Antwort:**

Die vorgenannten 63 Stellen verteilen sich wie folgt auf die nachstehenden Bereiche:

Im Fachbereich 1 = 4 Stellen (erweiterte Hausmeistertätigkeiten im Bereich der städt. Obdachlosenunterkünfte und den Gerätehäusern der Feuerwehr).

Im Fachbereich 2 = 12 Stellen (Schwerpunkt Hilfskräfte für städt. Kindertageseinrichtungen und diverse Tätigkeiten).

Im Fachbereich 3 = 24 Stellen (überwiegend bei der Betreuung der für Spiel und Sport geöffneten Schulhöfe, Hausmeisterassistenz an den offenen Ganztagsgrundschulen im Hallenbad und mit diversen Tätigkeiten).

Im Fachbereich 5 = 7 Stellen (mit diversen Tätigkeiten).

Im Fachbereich 6 = 10 Stellen (schwerpunktmäßig bei der zusätzlichen Säuberung von Grünanlagen und Wäldern sowie diversen Tätigkeiten).

im Bereich Sim = 6 Stellen (mit diversen Tätigkeiten).

##### **Frage 3:**

Wieviele Stellen und in welchen Bereichen wurden davon schon mit ALG II – Empfängern besetzt?

##### **Antwort:**

Im Fachbereich 2 sind 4 Stellen besetzt,

im Fachbereich 3 sind 2 Stellen besetzt,

im Fachbereich 5 ist 1 Stelle besetzt,

im Fachbereich 6 sind 4 Stellen besetzt,

im Bereich Sim ist 1 Stelle besetzt.

1 Stelle in der Stadt Düsseldorf (Schulbereich) wurde ebenfalls von hier aus mit einer Meerbuscher Bürgerin und weitere 11 Stellen wurden mit Meerbuscher Arbeitslosen über das TZG bei der Fahrradwerkstatt in Neuss besetzt.

Bei 3 Stellen steht der Beginn der Arbeitsaufnahme noch nicht fest.

**13. Zuleitung der Jahresrechnung 2004 gem. § 93 GO NRW**

**Beschluss:**

Der Rat nimmt die am 10. März 2005 gem. § 93 Abs. 2 GO zugeleitete Jahresrechnung 2004 zur Kenntnis und verweist sie gem. § 101 GO zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**14. Delegation von Beschäftigten der Stadtverwaltung in den Vorstand des Deichverbandes Lank**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Meerbusch beauftragt die Vertreter der Stadt Meerbusch im Erbentag des Deichverbandes Meerbusch-Lank, in der Sitzung am 11. März 2005 Herrn Städt. Oberbaurat Matthias Unzeitig als ordentliches Mitglied (Heimrat) und Herrn Verwaltungsangestellten Hans Tewordt als seinen persönlichen Vertreter (stellvertretender Heimrat) zur Wahl in den Vorstand des Deichverbandes (Deichamt) vorzuschlagen und zu wählen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**15. Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**16. Termin der nächsten Sitzung**

Die nächste Sitzung des Rates findet am 28. April 2005 statt.

**17. Verschiedenes**

**17.1 Interview des Bürgermeisters in der Zeitung „Von hier aus“**

Bürgermeister Spindler beantwortet die Frage von Ratsfrau Fremerey.

Meerbusch, den 11. März 2005

---

Dieter Spindler  
Bürgermeister

---

Angelika Mielke-Westerlage  
Schriftführerin